Datum:	17. August 2011
Medium:	derStandard.at
Thema:	Erbschaftssteuer für VP-Edlinger-Ploder vorstellbar

PFLEGEFINANZIERUNG

Erbschaftssteuer für VP-Edlinger-Ploder vorstellbar

Die steirische Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder schert aus der Parteilinie aus und tritt für die zweckgewidmete Erbschaftssteuer ein.

Bundes-ÖVP rüffelt Steirerin für "Einzelmeinung" - Man sei "glasklar" gegen Steuern auf Eigentum

Graz - Die steirische Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) kann sich die Finanzierung der Pflege auch durch eine Erbschaftssteuer vorstellen. Die Landesrätin meinte hinsichtlich Pflegefinanzierung, eine Kombination aus Pflegeversicherung und Erbschaftssteuer sei denkbar. "Mir ist vieles recht, es ist vieles denkbar", so die Landesrätin. Ihr gehe es darum, "den kleinen Häuslbauer in Ruhe zu lassen". Die Erlöse aus einer solchen Steuer müssten zweckgewidmet sein. Auf die Höhe eines Freibetrages wollte Edlinger-Ploder sich nicht festlegen.

"Reformierte Erbschaftssteuer"

"Ich bin eine Anhängerin der reformierten Erbschaftssteuer - mit einem höheren Freibetrag", hatte die Landesrätin in einem "Kurier"-Streitgespräch (Dienstag-Ausgabe) mit Caritas-Präsident Franz Küberl erklärt. Allerdings wollte sie auch betonen, dass ihre Äußerungen aus der Diskussion mit Küberl heraus entstanden seien. Edlinger-Ploder meinte, das Wirtschaftsforschungsinstitut sei vor einiger Zeit zu der Conclusio gekommen, dass aus den verschiedenen Interessenslagen heraus eine Mischlösung am besten wäre. Die Pflegefinanzierung alleine aus der Versicherung heraus zu regeln werde nicht ausreichen, außerdem wäre da ja noch die Frage der ohnehin schon hohen Lohnnebenkosten.

Fest stehe jedenfalls, dass man sich über die Pflegefinanzierung bundesweit Gedanken machen müsse. Der erste Schritt zur Regelung sei mit der Schaffung des Pflegefonds getan worden. Der zweite Schritt sei, zu klären, wie dieser gespeist werde und welche Grundparameter und Kriterien die Bundesländer untereinander einhalten wollen, so Edlinger-Ploder. Es gebe diesbezüglich ja eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Sozialministeriums und u.a. der Bundesländer (die am 23. September erstmals zusammentritt, Anm.)

"Bewegung in der ÖVP"

Seitens der Gewerkschaften vida und GPA-djp hieß es am Dienstag in einer Aussendung, man orte "Bewegung" bei der ÖVP. vida-Vorsitzender Willibald Steinkellner und der Vize-Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Karl Proyer wiesen daraufhin, kürzlich ein Modell für eine nachhaltige Finanzierung der Pflege und Betreuung vorgelegt zu haben. Konkret verlangten die Gewerkschaften u.a. die Einführung einer Vermögenssteuer, die zum Teil in die Pflegefinanzierung fließen soll, die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer auf größere Erbschaften und die Schaffung einer Erbersatzsteuer für jene, die ihr Vermögen in Stiftungen geparkt haben.

Bundespartei gegen Vorschlag

Die ÖVP-Bundesparteizentrale lehnt den Vorschlag in einer Stellugnahme gegenüber derStandard.at allerdings ab. "Die Linie der ÖVP ist und bleibt glasklar: Keine höheren Steuern und keine Steuern auf Eigentum", heißt es aus dem Büro von ÖVP-Generalsekräter Hannes Rauch. Er verwies darauf, dass Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) derzeit eine "grundlegende Reform des Steuersystems erarbeitet". "Dieses Gesamtpaket wollen wir für Österreich umsetzen und dafür gilt es, uns jetzt den notwendigen finanziellen Spielraum zu erwirtschaften", so Rauch. Zudem hätte Österreich 2007 bei Erbschaften über einer Million nur sechs Millionen Euro eingenommen.